

Nachricht

der Bürgerfraktion

Ausgabe 5/Juli 2006

Fotowettbewerb „Aktiv im Alter – Senioren in Dresden“

Zu dem Fotowettbewerb „Aktiv im Alter – Senioren in Dresden“, der aus Anlass des 800-jährigen Stadtjubiläums vom Seniorenbeirat der Landeshauptstadt Dresden in Zusammen-

arbeit mit der Sächsischen Zeitung veranstaltet wurde, reichten 92 Einsender insgesamt 257 Fotografien ein. 40 Photos davon sind derzeit in der Jugend&KunstSchule Dresden im

Palitzschhof zu sehen. Ende August wird die Ausstellung dann in das Ortsamt Leuben umziehen. Weitere Ausstellungen sind geplant.

Seite 3



„Omi Elisabeth beim Aufstieg auf den Pfaffenstein“ – dieses Foto gewann den ersten Preis.

Leben am Existenzminimum

Entscheidend für mich als eine, die in der Wohlfahrtspflege arbeitet, ist, was am Ende bei den Betroffenen ankommt und wir sprechen unterdessen hier immerhin von annähernd 60 000 betroffenen Menschen in dieser Stadt. 60 000 Menschen, die zu spüren bekommen, dass sich der Systemwechsel von „fördern zu fordern“ immer mehr verschärft, immer stärker in ihr tägliches Leben eingreift. Menschen, die per Gesetz gezwungen sind, mit dem statistisch berechneten Existenzminimum von 345 Euro auszukommen. Das heißt, diese Menschen haben pro Monat 127 Euro für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zur Verfügung. Die Summe gliedert sich im weiteren wie folgt:

- 34 Euro für Bekleidung und Schuhe
- 26 Euro zur Begleichung der Energiekosten
- 25 Euro für Ersatzbeschaffungen sollte im Haushalt etwas kaputt gehen
- 13 Euro für Gesundheitspflege
- 15 Euro für Verkehr
- 30 Euro zur Nachrichtenübermittlung
- 40 Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur
- 8 Euro für Beherbergungs- und Bewirtungskosten
- 27 Euro für andere Waren und Dienstleistungen

Ich frage Sie liebe Leser: Was hat Ihr letzter Wochenendeinkauf gekostet? Was der letzte Friseurbesuch, das vor kurzem gekaufte Paar Schuhe? Die von Hartz IV betroffenen Menschen müssen verdammt gut rechnen können, um ihr Leben zu meistern. Ich spreche von jungen und alten Leuten, die Arbeit wirklich suchen und Anderen, die vielleicht ganz froh sind, dass diese im Moment nur schwer zu bekommen ist. Sie alle haben ihre eigene Geschichte in der Arbeitslosigkeit.

Arbeit ist weit mehr als nur Mittel, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern sie ist ein entscheidender Faktor, das tägliche Leben zu meistern, aufzustehen, Dinge zu ordnen, sich gebraucht zu

fühlen und am Ende des Tages zu wissen, „dass, was ich heute getan habe, hatte einen Sinn.“

Das Fehlen von Arbeit ist für jeden der Betroffenen meist nur schwer zu verkraften. Jeder reagiert anders. Das reicht von Resignation und sozialem Rückzug, Verzweiflung, Depression, Selbstaufgabe, Aggressivität bis hin zu den verschiedensten schweren gesundheitlichen Problemen.

Die Verarmung von großen Teilen der Dresdner Bevölkerung (über zwölf



Prozent sind SGB II-Empfänger) ist in den letzten zwei Jahren weiter vorangeschritten. Dies wird an solchen Dingen sichtbar, wie zum Beispiel der ständig steigenden Inanspruchnahme der Dresdner Tafel. Das heißt, das Verteilen von Essen hat Hochkonjunktur und in der QAD, wo ich im Aufsichtsrat bin, ist einer der nachgefragtesten Bereiche der Sektor „Lebensnah“ mit dem Sozialkaufhaus. In diesem Jahr melden sich jeden Monat im Schnitt 200 Neukunden. Im Vorjahr waren es noch rund 90 Neukunden pro Monat. Das heißt, jeden Monat gibt es immer mehr Menschen, bei denen das Geld nicht reicht, um Essen oder Kleidung anders zu erwerben.

Die Bundesgesetzgebung können wir im Dresdener Stadtrat nicht verändern. Aber wir hier in Dresden müssen alles tun, damit das Leben für von Hartz VI Betroffene erträglicher wird. Um Herrn Kogge zu zitieren: „Vergnügungssteuerpflichtig ist das, was diesen Menschen per Gesetz zu gebilligt wird, auf keinen Fall.“ Deshalb möchte ich heute den Stadtrat auffordern, im Rahmen der Haushaltssitzungen gerade diese Personen, die Ihr Leben schwieriger meistern müssen nicht zu vergessen.

Für mich heißt das, genug Personal in die Arge geben, dass Ziel 614 Stellen muss nicht erst zum Jahresende, sondern frühzeitig erreicht werden, damit die großen Warteschlangen bei der ARGE ein Ende haben, damit die Bürger angemessen betreut, gefördert und begleitet werden können.

Für mich heißt das aber auch, wenn so viele Menschen den Dresden Pass bestellen müssen, dann ist es auch selbstverständlich, diesen adäquat zu finanzieren.

Meine Arbeit im Sozialausschuss, aber auch im ARGE-Beirat und im QAD-Aufsichtsrat hat mir gezeigt, gemeinsam können wir etwas für die Menschen in dieser Stadt tun. Dafür einerseits meinen Dank an alle, die den Blick auf diese Menschen immer wieder gerichtet haben, für diese Menschen eintreten und die sich aktiv für den sozialen Frieden in unserer Stadt einsetzen.

Und andererseits meine Hoffnung, dass möglichst viele hier vor Ort in Dresden Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung finden, damit sie hier Familien gründen können und hier auch zukünftig ihren Lebensmittelpunkt haben in unserem schönen Dresden und nicht irgendwo anders – wie wir es häufig gerade bei den jungen Leuten erleben –, dass diese nur im Westen Ausbildung und Arbeit finden.

Hier denke ich, sind wir alle gefordert, alles zu tun, um die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Anita Köhler,
Wählerversammlung Volkssolidarität

Fotowettbewerb „Aktiv im Alter – Senioren in Dresden“

Anlässlich dieses Wettbewerbs sprachen wir mit Werner Schnuppe, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Seniorenbeirates und Mitglied des Sprecherrates der Wählervereinigung Volkssolidarität.

Der vom Seniorenbeirat initiierte Fotowettbewerb wurde unter Ihrer Leitung durchgeführt. Jetzt sind die Sieger ermittelt. Worauf führen Sie rückblickend den großen Zuspruch zurück?

Mit 257 Einsendungen standen der Jury eine Vielfalt an Motiven zur Verfügung. Der große Zuspruch erklärt sich zu allererst daraus, dass sich nicht nur Senioren mit Einsendungen beteiligten. Fast jedes zweite Foto wurde von jungen Leuten, zumeist Kindern und Enkeln der abgebildeten Senioren oder Mitarbeitern aus Sozialeinrichtungen eingereicht. Im gleichen Maße beinhalten die Motive oftmals das Miteinander der Generationen. Der erste Preis „Omi Elisabeth



Diese Aufnahme holte den 3. Preis.

beim Aufstieg auf den Pfaffenstein“ von Helga Zeh eingesandt, hat diese Aussage und ist wahrlich ansehenswert.

Welche weiteren Motive sind in der bereits laufenden Ausstellung der Siegerfotos zu sehen?

Die Einsendungen sind so vielfältig, wie die Interessen der aktiven Seniorinnen und Senioren in Dresden verschieden. Bei kulturellen, sportlichen und handwerklichen Aktivitäten kann man sie beobachten. Ebenso bei der Ausübung bürgerschaftlichen Engagements. Beeindruckend sind die Aufnahmen des liebevollen Miteinanders sowohl mit Kindern, Enkeln und Urenkeln als auch mit Freunden, Bekannten und den ins Herz geschlossenen Haustieren.

Sie haben die Jury des Wettbewerbs geleitet. Sind Sie Fotospezialist?

Wie viele andere auch bin ich ein Fotolaie, der gern für die Familie etwas aufnimmt und sich über gelungene Aufnahmen freuen kann. In der Jury urteilten sechs Fachleute an meiner

Seite. Das ich diese Aufgabe übernommen hatte ergab sich aus der Arbeit am Internetauftritt des Seniorenbeirates. Gemeinsam mit Dr. Wagner, dem Vorsitzenden und mit weiteren Mitgliedern des Seniorenbeirates haben wir uns mit diesem neuen Medium befasst. Es sollten nicht nur Fotos der Beiratsmitglieder im Internet stehen. Wir wollten das Leben der Dresdner Senioren in unserer 800-jährigen Stadt zeigen. So wurde die Idee des Wettbewerbs geboren. Mit der Sächsischen Zeitung wurde ein Partner gefunden, der dazu in acht Ausgaben der Stadtrundschau 21 Fotos veröffentlichte. Persönlich freue ich mich, dass dies so gut gelungen ist und mein persönlicher Einsatz dazu mit beigetragen hat.

Herr Schnuppe, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Weitere Informationen zum Fotowettbewerb des Seniorenbeirates finden Sie im Internet unter: <http://www.dresden.de/index.html?node=37329>



Der zweite Preis ging an dieses Bild.

Durch die Blume

Der interfraktionelle Antrag, den auch die Bürgerfraktion mit unterschrieben hat, ist in den beiden Ausschüssen (Umwelt und Kommunales und Wirtschaftsförderung) in den wesentlichen, vom Antragsteller eingebrachten Punkten abgelehnt worden. Wie bei vielen solcher Anträge ist das dahinter stehende Anliegen nachvollziehbar.

In der Diskussion wurde auch hier wieder deutlich, dass man sich von der Stadt Dresden bei einer positiven Umsetzung ein Zeichen im Sinne der Agenda 21 erwartet.

Wie so oft liegen die Schwierigkeiten im Detail. In diesem Fall ist das in erster Linie die Kontrolle der Ware. Wenn erfahrene Großhändler und Erzeuger aus der Region davon ausgehen, dass es bei der Vielzahl der Einkäufer schwierig bzw. unmöglich ist, die Vorgaben einzuhalten, dann ist das ein Argument gegen den Antrag. Nach unseren Recherchen reden wir hier über einen Jahresumsatz bei der Stadt von vielleicht 2 000 Euro.

Im Gegensatz zu München mit einem viel höheren Umsatz in diesem Bereich ist in Dresden der Einkauf der Blumen völlig dezentral organisiert. Das ist auch gut so, denn mit einer Zentralisierung würde der Verwaltungsaufwand zunehmen.

Zu den Punkten 2 bis 4 ist zu sagen, dass es meiner Meinung nach nicht Aufgabe der Verwaltung der Landeshauptstadt sein kann, gemeinsam mit der Wirtschaft oder irgendwelchen Verbänden an irgendwelchen Modellen oder Aufklärungskampagnen zu arbeiten.

Um aber das im Kern sinnvolle Ansinnen durch eine Ablehnung des Antrages zu verhindern, schlagen wir folgende Änderung im Bericht des federführenden Ausschusses vor:

- Der Punkt 1 wird durch folgende Formulierung ersetzt, so dass es jetzt heißt:

Der OB wird beauftragt, die Stadtverwaltung anzuweisen, bei der Beschaffung von Blumen vorrangig auf regional (bevorzugt aus ökologischem Anbau) bzw. fair produzierte Blumen zurückzugreifen.

- Die Punkte 2 bis 4 sind zu streichen.

In dieser geänderten Fassung wurde der Antrag nach kontroverser und sehr polemischer Diskussion (siehe Kommentar) angenommen.

Kommentar

Der Intervention des amtierenden Oberbürgermeisters Dr. Vogel ist es zu verdanken, dass die Diskussion zu einem interfraktionellen Antrag, der auch von der Bürgerfraktion unter-



nicht sinnvoll – oder zumindest nur mit einem nicht zu verantwortenden Verwaltungsaufwand – realisierbar gewesen wären. Aus diesem Grund stellte Stadtrat Christoph Hille schon zu Beginn der Diskussion einen Ersetzungsantrag, der das eigentliche Ziel, nämlich die Stärkung lokaler Produzenten und die Vorbildwirkung



stützt wurde, zur 34. Stadtratssitzung nicht vollends ins Absurde abglitt. Worum ging es? Die Fraktionen der Grünen, der SPD und die Bürgerfraktion hatten einen Antrag zur Entscheidung vorgelegt, in dem angeregt wurde, dass die Stadtverwaltung zukünftig für ihre Repräsentanzaufgaben vorrangig Blumen aus lokaler Produktion kauft, bzw., falls diese nicht erhältlich sein sollten, darauf achtet, dass bei der Blumenproduktion einige ökologische und soziale Mindeststandards eingehalten werden. Erkennbar ist dies zum Beispiel am FLP- oder dem Fairfleur-Siegel. Zugegebenermaßen waren unter Federführung der Grünen auch einige Punkte in dem Antrag enthalten, die nach eingehender Prüfung

der Landeshauptstadt in Sachen Umweltschutz wieder in den Mittelpunkt rückte, ohne der Stadtverwaltung unnötige Fesseln anzulegen. Um es kurz zu machen: Diesem Antrag wurde stattgegeben. Das sich trotzdem eine Diskussion entwickelte, die, um es mit den Worten von Dr. Vogel zu sagen, nah daran war, zu einer „Posse“ zu werden, lag vermutlich an der schlechten Luft im Saal oder der drückenden Hitze – wir werden es so genau wohl nie erfahren. Als Fazit blieb zu konstatieren, dass auch das Stadtratsarbeit ist: Über eine halbe Stunde Diskussion mit Verunglimpfungen und Entgleisungen: über Blumen im Wert von drei Euro täglich ...

Sieg in der Verlängerung

Als im Sommer 2004 Oberbürgermeister Ingolf Rossberg nach dem sensationellen Aufstieg von Dynamo Dresden in die Zweite Bundesliga euphorisch und emotional bewegt den Dresdnern Fußballfans etwas hemdsärmelig ein neues Stadion versprach, begann unsere hoffentlich heute zu Ende gehende RHS-Geschichte.

suche, mit „Killerkriterien“ den Investor HBM zu verjagen, haben hoffentlich nicht genützt und heute wird der Zuschlag an die Bietergesellschaft erteilt und der Erbaurechtsvertrag verabschiedet werden.

Wir, die Bürgerfraktion, können der Vorlage zustimmen, der Ersetzungsantrag von Herrn Blümel vermeidet den Begriff der Bürgschaftserklärung,



So lang, wie manche meinen, ist sie gar nicht. Zwei Jahre für eine Investition von über 40 Millionen Euro!

Aber sie hätte noch kürzer und damit auch noch kostengünstiger sein können, wie gerade die letzten Wochen gezeigt haben.

Ein Stadionbau steht natürlich im öffentlichen Interesse und jeder Stadtrat, der wiedergewählt werden will, würde sich doch nicht definitiv gegen eine so populäre Investition bekennen, auch wenn sie ihm ein Dorn im Auge ist, sei es wegen Ablehnung oder Desinteresse am Fußball oder des Standortes wegen oder vielleicht sogar wegen eines gestörten Verhältnisses zu Dynamo Dresden.

Bisher waren aber alle, einschließlich des Finanzbürgermeisters, große Anhänger des Fußballes und von Dynamo Dresden. Ein Schelm ist der, der Böses meint.

Gemessen wird aber an den Taten und nicht an „Fensterreden“ über Stadion- und Dynamo-Liebe.

Ich glaube, in den zwei Jahren ist allen klar geworden, wer ein Stadion will und wer immer wieder versucht, es zu verhindern. Es ist so klar, dass Namen nicht genannt werden müssen.

Ein holpriges Ausschreibungsverfahren mit vielen Angriffsflächen für unterlegene Mitbewerber, viele Ver-

sicherlich vernünftig, da mit der Konstruktion nach § 328 BGB (Vertrag zu Gunsten Dritter) auf das ursprüngliche Angebot zurückgekommen wird.

Wichtig ist doch:

- Der Standort ist beschlossene Sache
- ein Stadion wird gebaut, was es kostengünstiger bisher im Lande nicht gibt
- der städtische Zuschuss ist auch in einer Größenordnung, wie es sie bundesweit noch nicht gab
- jede weitere Verzögerung würde zu notwendigen Sofort-Investitionen in Größenordnungen führen (sieben bis acht Millionen Euro) oder alternativ zur Ausweisung von Dynamo Dresden aus Dresden.

Das muss uns klar sein: der Countdown läuft, für Befürworter und Gegner, ein Zurück gibt es nicht, der Stadtrat muss heute eine klare Entscheidung treffen und die kann nur heißen: Bau des Stadions

Nach der Abstimmung kommt es jetzt zum ...

... Elfmeterschießen

Nach dem Einbringen dieses Beitrages der Bürgerfraktion bei der Beschlussfassung zur Verwaltungsvorlage hat der Stadtrat ohne die Stimmen der CDU dem Bieter HBM den Zuschlag erteilt und damit einen Erbbaurechtsvertrag verabschiedet. Ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Die Ablehnung der CDU ist aber ein gefährliches Zeichen.

Finanzbürgermeister Vorjohann (CDU) hat es noch nicht aufgegeben, das Stadion zu verhindern. Die CDU-Fraktion, bisher unsicher, ob sie ihm folgen soll, ist jetzt diesen Schritt gegangen. Vorsicht!

Bürgermeister Vorjohann versucht jetzt, sich den Regierungspräsidenten, das Regierungspräsidium (RP), mit ins Boot zu holen. Die ersten Reaktionen aus dem RP bezeugen das.

Wir werden wachsam und, wenn das nächste Störfeuer kommt, sei es vom RP oder von einem unterlegenen Mitbewerber, vorbereitet sein.

Ein Stadtratsbeschluss ist gefasst, er hat die gleiche rechtliche Verbindlichkeit wie ein Bürgerentscheid. Die Stadtverwaltung hat ihn umzusetzen. Das RP hat nur die rechtlichen Dinge zu kontrollieren.

Pro Waldschlösschenbrücke

Wie kaum ein anderes Projekt haben Planung und Bau dieser Brücke zu Polarisierung und Emotionen innerhalb der Dresdner Bevölkerung und besonders der sich in dieser Frage direkt Engagierenden geführt. In der Bewertung und Beurteilung sind die Meinungen konträr und spalten selbst die Familien. Es fällt schwer, bei all der Polemik, dem Maß an Taktiererei, Unterstellungen, Halbwahrheiten, Behauptungen und Interpretationen auf den sachlichen Kern der Auseinandersetzung zurückzukommen und sich auf die Fakten zu konzentrieren.

Die Fakten sind zum einen, bezogen auf das umstrittene Projekt:

- Es gibt zum Bau der Waldschlösschenbrücke einen gültigen Planfeststellungsbeschluss, der Rechtskraft erlangt hat, nachdem sämtliche Klageverfahren abgewiesen worden sind.
- Es gibt eine ordnungsgemäß durchgeführte Ausschreibung mit ausreichenden Angeboten. Es gibt ausgewählte Bieter in diesem Verfahren, die sich im Wettbewerb durchgesetzt haben. Es gibt einen klaren Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Vergabe an diese Bieter.
- Es gibt einen Bürgerentscheid zum Bau, der laut Gemeindeordnung von der Verwaltung vollinhaltlich umzusetzen ist.

Die Fakten zum anderen, bezogen auf den Status Welterbe:

- Der Stadtrat (nicht in der heutigen Zusammensetzung) hat sich bei der UNESCO um Aufnahme auf die Liste der Weltkulturerbestätten beworben. Dabei sind in der Antragstellung alle für die UNESCO relevanten Fakten zum Gebiet einschließlich des geplanten Brückenschlages aufgeführt. Diesem Antrag (mit der Brücke) hat die UNESCO zugestimmt.
- Nach Intervention durch einen Bürger, der auf die missver-

ständliche Übersetzung bzw. die Interpretation des „Down under“ gestoßen war, ist die UNESCO erneut in eine Prüfung mit den bekannten Ergebnissen eingetreten. Dresden findet sich nun wieder auf einer UNESCO-Liste, allerdings ist diese jetzt rot.

Worin besteht nun diese neue Situation, die es rechtfertigen soll, dass sich nicht nur ein demokratisch gewähltes Gremium wie der Dresdner Stadtrat, sondern auch der Teil der Bürger, der sich am Bürgerentscheid beteiligt hat, in seinen Entscheidungen grundsätzlich überprüfen bzw. sogar sich nunmehr gegen diese Entscheidungen stellen soll und dabei in Konflikt mit der eigenen Gemeindeordnung kommen muss.

Die Antwort auf diese Frage sind Behauptungen. In der Begründung zum heutigen Antrag heißt es wörtlich: „Wichtigstes Ziel ist, den bei einer Aberkennung des Welterbetitels drohenden gravierenden Imageverlust für Dresden im In- und Ausland zu vermeiden. Der Schaden für Wirtschaft, Tourismus und den Ruf Dresdens als Kunst- und Kulturstadt wäre bei einem Verlust des Status` Welterbe immens.“

Mir fällt auf, dass die Sprachwahl fast das Äußerste an starken Wörtern benutzt: drohend, gravierend, Verlust, immens. Trotz dieser Wortwahl bleibt diese Aussage eine Behauptung, die durch keinerlei Fakten gestützt wird. Es geht aber so weiter.

„Das weitere Vorgehen der Landeshauptstadt muss angesichts dieser zentralen Entscheidung für die weitere Entwicklung der Landeshauptstadt sowie des öffentlichen überregionalen Interesses intensiv diskutiert sowie mit der UNESCO abgestimmt werden.“

Was macht diese Frage, die ja schon entschieden ist, zu einer zentralen Entscheidung? Zum „öffentlichen, überregionalen Interesse“ möchte ich bemerken, dass es mir nur recht sein kann, wenn die Stadt international im Gespräch ist.

Auch bei der Interpretation des Bürgerentscheids sei durch die neue Situation ein Zustand erreicht, der einen neuen Bürgerentscheid erforderlich mache, da das Ergebnis des

geltenden, so wird unterstellt, unter falschen Voraussetzungen zustande gekommen sei.

Für mich sind die Voraussetzungen gleich geblieben. Denn die Argumente, die sich damals wie heute die sogenannten Brückengegner in der Abstimmungsbroschüre zu eigen machten und über die alle Abstimmenden informiert waren, sind unverändert geblieben. Geändert hat sich, aus welchen Gründen auch immer, nur die Sicht der UNESCO. Im Klartext heißt das: Wer damals und heute trotz aller gegenteiligen Beteuerungen, von wem auch immer, weiter davon überzeugt ist, dass für ihn die Vereinbarkeit von kulturellem Titel oder besser gesagt kulturellem Erbe und einem Eingriff in die Natur, den eine Brücke immer bedeutet, im Kontext mit einer besseren Infrastruktur der Stadt steht, der ist nun mal in dieser Frage anderer Meinung als diese internationale Organisation. Gerade für Meinungsfreiheit sind wir aber im Herbst '89 auf die Straße gegangen. Wir wollen selber mündige Bürger sein und erwarten das auch von denen, die durchaus gegenteiliger Meinung sein können. Es soll aber die je eigene Meinung sein. Das schließt aus, dass wir anderen unterstellen, ihre Entscheidung, wenn sie nicht unserer eigenen Überzeugung entspricht, sei auf der Basis von Unkenntnis, Ignoranz oder fehlender politischer Reife entstanden.

Ich warne, was die Art und Weise des Umgangs mit einem Bürgerentscheid angeht, davor, die normative Kraft des Faktischen zu unterschätzen. Ein Bürgerentscheid als Ausdruck des Volkswillens braucht die Akzeptanz mindestens der gewählten Volksvertreter; anderenfalls riskieren wir einen weiteren Vertrauensschwund gegenüber der Politik.

Meine Damen und Herren Stadträte, nehmen Sie Ihre Ihnen auferlegte Verantwortung wahr und verstecken Sie sich nicht, wie gestern im Wirtschaftsausschuss geschehen, hinter politischen Argumenten, wo Sie in der Sache entscheiden sollen.

Pro Welterbetitel

Am 27. Februar 2005 haben sich rund 68 Prozent der am Bürgerentscheid teilnehmenden Dresdner für den Bau der Waldschlösschenbrücke entschieden. Da die Wahlbeteiligung bei etwas mehr als 50 Prozent lag, sind das rund 35 Prozent aller Dresdner Wahlberechtigten.

Ein Argument der Befürworter für die Brücke an dieser Stelle war neben der Umweltentlastung, den hohen Fördermitteln und den Verkehrsprognosen auch, Zitat: „Ebenso ist das Elbtal zum UNESCO Welterbe – ausdrücklich unter Einbeziehung des Verkehrszuges – Waldschlösschenbrücke erklärt worden.“

Nun hat die UNESCO Welterbekommission anders entschieden. Wie die ursprüngliche Fehleinschätzung zustande gekommen ist, darüber will ich hier nicht spekulieren. Die UNESCO-Kommission hat es sich meiner Meinung nach auch nicht leicht gemacht mit ihrer Entscheidung. Jetzt heißt es Welterbetitel oder Waldschlösschenbrücke.

Von „Nationaler Schande“ und „kulturpolitischer Katastrophe“ ist nun die Rede. Wir haben also eine neue Situation. Für mich bleibt da nur ein neuer Bürgerentscheid. Albrecht Leonhardt von der Bürgerfraktion wird

einen entsprechenden Antrag heute hier einbringen.

Ich finde es sehr wohl in Ordnung, dass durch diese neue Situation auch Meinungen revidiert werden. Als Beispiel: Nationale und Internationale Künstler – unter ihnen auch Ludwig Güttler. Ich würde ihnen in keinsten Weise irgend eine Befangenheit unterstellen.

Ich bin nicht der Meinung, dass wir stolz und erhobenen Hauptes den Titel zurückgeben sollten. Oder gar: Wir bauen die Brücke und behalten den Titel – soll die UNESCO doch klagen.

Als Dresdner hat es mich immer wahnsinnig geärgert, als Tal der Ahnungslosen bezeichnet zu werden. Ich möchte jetzt nicht noch den Titel „Das Tal der Sturköpfigen“ oder „Tal der Beratungsresistenten“ dazubekommen.

Leider ist zu befürchten, dass in der heutigen Debatte wieder vergessen wird, dass wir eigentlich kulturvoll miteinander umgehen wollten. Es gab ja bisher die hitzigsten Debatten, die oft auch von Polemik geprägt waren und bis hin zu persönlichen Beleidigungen gingen.

Ich glaube, wir haben jetzt eine Auszeit sehr nötig.

Seit 1856 wird über eine Brücke an dieser Stelle diskutiert. Das sind 1764 Monate. Wenn wir uns jetzt für die Kompromiss- und Alternativsuche vier Monate Zeit nehmen würden entspräche dies im Verhältnis zu meinen fünf Minuten Redezeit genau 0,68 Sekunden – ich schenke Ihnen zum Innehalten das zehnfache.

...

Ich glaube nicht, dass jemand mit seinem Redebeitrag heute einen anderen in der Sache umstimmen kann, aber ich hoffe zumindest, dass wir nicht die Contenance verlieren.

Ich sehe als einzigen Weg aus diesem Dilemma einen neuen Bürgerentscheid. Ich kann und möchte nicht zwischen Brücke und Weltkulturerbe entscheiden – das können nur die Bürgerinnen und Bürger von Dresden.

Die Mehrheit der Bürgerfraktion wird daher den Vergaben heute nicht zustimmen, da damit bereits Fakten geschaffen werden würden

Jan Kaboth



Würde und Bürde

Für Deutschland wurde die letzte Sitzung des Welterbe-Komitees der UNESCO peinlich. Ausgerechnet dem Mutterland des Denkmalschutzes, immer dabei, wenn es darum geht, anderen Völkern das Wahre und Gute zu predigen, könnte als erstem Staat der Welt eine Welterbe-Stätte von der Liste gestrichen werden.

Vor zwei Jahren herrschte noch eitel Freude und Sonnenschein über den Erhalt des Titels, wir glaubten, alle Fakten geliefert zu haben, wussten wir doch, dass in der obligatorischen Pufferzone um Welterbe-Stätten Neubauten und Veränderungen zwar nicht verboten sind, die UNESCO will aber rechtzeitig informiert werden und mitreden. Selbst die Grünen in ihrem Werbe-Faltblatt von 2003 schreiben noch: „Im Status des Weltkulturerbes wird es keine Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung Dresdens geben ... Bürokratie und Reglementierungen werden durch den Titel nicht zunehmen.“

Nun aber haben die Vertreter von Benin, Kuba, Tunesien, Mauritius und siebzehn weiteren Staaten Ihr Wort gesprochen: die Rote Liste. Wo der Verdreher in der Bewerbung steckt, werden wir wohl nie erfahren. Selbst die Stuttgarter Nachrichten vom 8. Juli 2006, wenige Tage vor der Sitzung in Vilnius, schreiben: „... es wird mit Zweidrittelmehrheit ent-

schieden, ob das Dresdner Elbtal wegen einer **Autobahnbrücke** ebenfalls auf die Rote Liste kommt.“

Sind wir im falschen Film? Fünf Kilometer flussabwärts ist die Autobahnbrücke seit siebzig Jahren fertig!

Nun ist es geschehen: Innerhalb zweier Jahre Heiligsprechung und Verdammung. Eigentlich wäre das Sache der Kirche. Der Papst scheint aber das ständig wachsende Bedürfnis nach Denkmal-Rankings verschlafen zu haben, jedenfalls war die UNESCO schneller und hat diese unendliche Aufgabe für sich gesichert. Ihre 1972 verabschiedete Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt war der Zeit voraus. Lange wussten die Regierungen damit nichts anzufangen. Erst 1978 wurden die ersten Antiquitäten als für die Menschheit unentbehrlich registriert, zum Beispiel der Aachener Dom, die Pyramiden von Giseh und die Galapagos-Inseln.

Mittlerweile können die Staaten gar nicht genug davon bekommen, sich mit Einträgen als Kulturnationen zu präsentieren. Italien führt vor Spanien, eine richtige Kultur-WM ist es geworden. Rund um die Erde warten mehr als 1300 Kandidaten auf die Erhebung in den Denkmal-Adel. Das Welterbe-Zentrum in Paris wird vom Erfolg schier überrollt und hat

Mühe, die vielen Schützlinge wenigstens alle sechs Jahre einmal zu inspizieren.

Für die geehrten Altertümer ist das internationale Scheinwerferlicht ein paradoxer Segen. Ein Beispiel. Eine Studie zum Fachwerk-Idyll Quedlinburg stellt fest, dass der Welterbetitel zu einer konsequenteren Einhaltung denkmalpflegerischer Ziele führt, die Auflagen aber Sanierung und Stadtentwicklung verlangsamen, was für einsturzgefährdete Gebäude fatal ist. Ohne Unesco-Schutz gäbe es allerdings viele Schätze überhaupt nicht mehr, die Altstadt von Lyon zum Beispiel wäre abgerissen, die Fossiliengrube Messel bei Darmstadt wäre eine Müllkippe.

Wir aber sind Dresden, keine Fossiliengrube. Was hat uns die Ernennung zur Super-Sehenswürdigkeit gebracht? Aufmerksamkeit schon, aber die Besucherzahlen explodierten deswegen nicht. Das bewirkte die still und beharrlich wiedererstandene Frauenkirche.

Ein Platz auf der Welterbeliste ist lediglich eine Garantie dafür, nicht zu sterben. Gleichzeitig ist aber nicht klar, ob das noch ein Leben ist.

Franz-Josef Fischer, Freie Bürger Dresden e. V.



Parteiengezänk statt Sachpolitik

**Interview der Sächsischen Zeitung
mit Dr. Albrecht Leonhardt
am 19. Juli 2006**

Nach seinem Ausschluss aus der SPD zeigt sich Stadtrat Albrecht Leonhardt enttäuscht und übt Kritik.

Sie sind seit 1990 Mitglied des Stadtrates und haben neun Jahre lang als Fraktionsvorsitzender das Bild der SPD geprägt. Was hat Sie veranlasst, in die Bürgerfraktion zu wechseln?

Dass ich nach 16 Jahren die Fraktion verlassen habe, ist wahrscheinlich eher eine Kapitulation vor einem unaufhörlichen Trend, Kommunalpolitik immer mehr zur Parteienpolitik zu machen. Ich gehörte zu denen, die 1990 als bunte Truppe antraten. Uns vereinte der unbändige Wille, Dresden in Freiheit und Demokratie so schnell wie möglich aus seiner Lethargie zu befreien. In einer großen „Koalition“ haben wir um die Sache gekämpft.

Und wie sehen Sie heute den Stadtrat?

Er ist streng geteilt in Parteifraktionen, in linke und rechte/bürgerliche Flügel. Viel zu oft ist die entscheidende Triebkraft zur Meinungsbildung nicht die Sache selbst, sondern wie kann ich mich gegenüber den anderen profilieren. Diese Kämpfe führen alle Par-



teien, ob CDU, die PDS, die Grünen und eben auch die SPD immer heftiger.

Was war der konkrete Anlass, das Handtuch zu werfen?

Für mich wurde der Konflikt zu groß, als es um die Frage des Woba-Verkaufs ging. Anfänglich war die SPD-Fraktion auch für einen Totalverkauf mit Sozialcharta (die finanzielle Situation zwang uns dazu), später aber durch Druck auch von außen entschied man sich für einen Teilverkauf, was weder sozialer noch finanzpolitisch klüger war. Bei der Diskussion um diese wichtige Frage wurde mir endgültig klar, ich will mein freies Mandat ausüben und mich nicht durch andere zu einem Abstimmverhalten zwingen lassen, von dem ich denke, dass es falsch ist. Wir können froh sein, dass wir

unsere Schulden abbauen können. Bisher sehe ich keinen Grund, meine Entscheidung zum Woba-Verkauf zu bereuen.

Ist es nicht folgerichtig, dass sich eine Partei von Mitgliedern trennt, die nicht mehr den Partei-Kurs verfolgen?

Aus Sicht einer starren und unbeweglichen Partei ist es folgerichtig und ich habe auch nichts anders von der Dresdner SPD erwartet. Ich bin überzeugt, dass Kommunalpolitik eher Sachpolitik ist und sich nicht für politische Profilierung eignet. Deshalb sollten in den Stadtrat keine Parteien, sondern engagierte Einzelpersonen gewählt werden. Die Führung der SPD ist hier aber ganz anderer Meinung, deshalb habe ich um Aufnahme in die Bürgerfraktion gebeten.

Sie bezeichnen sich dennoch als Sozialdemokrat im Herzen.

Ja, das bleibt meine politische Grundüberzeugung. Aber die Dresdner SPD verfolgt schon lange nicht mehr den Kurs einer Volkspartei. Sie bewegt sich am Grünen- und PDS-Rand und kümmert sich nicht um die Mitte oder gar die bürgerliche Wählerschaft.

*Gespräch: Bettina Klemm
(Sächsische Zeitung)*

Kurz und knapp

Die letzte Hürde ist genommen! Nachdem der Stadtrat auf seiner Sitzung am 29. Juni den Weg für den Neubau der Operette am Wiener Platz prinzipiell freigemacht hat, ist am 13. Juli nun auch die letzte Hürde genommen worden. Die bereits beschlossene Versendung der Verbindungsunterlagen stand noch unter dem Vorbehalt, drei Haustarifverträge (für die Angestellten, für die

Musiker sowie für die Solisten, Ballett- und Chormitglieder und die Bühnentechniker) abzustimmen.

Nachdem die Ausschüsse für Finanzen, Kultur und Verwaltung diesen Verträgen zugestimmt hatten, billigte auch der Stadtrat diese einstimmig.

Die drei Haustarifverträge gelten erst einmal bis 2008. Sollte sich ein Investor finden, der den Neubau rea-

lisiert, verlängert sich die Tarifbindung bis 2015. Die Mitarbeiter der Operette verzichten darin auf Tarifanpassungen, erhalten aber im Gegenzug Beschäftigungssicherheit.

*Lesen Sie mehr im Internet unter:
<http://www.buergerfraktion-dresden.de/kultur/staatsoperette.html>*

Im Interview: Herr Ritscher, HA Mobilität

Die Hauptabteilung Mobilität gehört organisatorisch zum Geschäftsbereich Stadtentwicklung. Sie beschäftigt sich bildhaft ausgedrückt mit den Lebensadern von Dresden also der Fortbewegung und den Fortbewegungsmöglichkeiten im Ganzen. Die Hauptabteilung (entspricht einem städtischen Fachamt) gliedert sich in die Abteilung Verkehrsentwicklungsplanung, die Abteilung Verkehrsanlagenplanung und die Untere Straßenverkehrsbehörde.

Die Abteilung Verkehrsentwicklungsplanung leistet die Grundlagenarbeit. Dort werden Verkehrsdaten gesammelt und analysiert, Verkehrsprognosen erstellt und räumliche und sektorale Konzepte erarbeitet, die verschiedenen Fortbewegungsmittel in ihren Eigenarten und im Zusammenspiel untersucht und vieles andere mehr.

Die Abteilung Verkehrsanlagenplanung ist unter anderem für die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte zuständig. Alle Straßenausbauplanungen werden dort erarbeitet, mit allen Fachämtern abgestimmt und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Die Untere Straßenverkehrsbehörde wiederum leistet die „Feinarbeit“. Sie ist unter anderem zuständig für die allgemeine Verkehrsregelung: alle Verkehrszeichen, Markierungen, Lichtsignalanlagen werden dort verkehrsrechtlich angeordnet. Außerdem werden Genehmigungen für Arbeits- und Baustellen im öffentlichen Raum sowie Genehmigungen für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr ausgestellt.

Hauptabteilungsleiter ist Herr Gerhard Ritscher, 57 Jahre, den wir zu den aktuellen Problemen der Dresdner Verkehrssituation befragt haben:

Sehr geehrter Herr Ritscher, einer der Kernsätze Ihrer Abteilung lautet: „Verkehrsplanung ist mehr als Verkehrsinfrastrukturplanung“. Was genau ist darunter zu verstehen?

Verkehrsplanung wird im klassischen Sinn weitestgehend als Verkehrsinfrastrukturplanung verstan-

den. Verkehr kann man nicht durch immer mehr Straßenbau bewältigen. Unser Anspruch ist Mobilität zu gestalten. Deshalb ist es notwendig neue Verkehrsstrategien zu entwickeln und dabei eine Erweiterung „Sicht des Verkehrs“ auf ein neues Spektrum von Maßnahmen zu konzentrieren.

Das für den Bürger greifbarste Thema ist aber wahrscheinlich doch die Verkehrsinfrastruktur. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Waldschlösschenbrücke ist immer wieder die Rede davon, dass zukünftig das Verkehrsaufkommen nicht weiter steigen wird. Ist das auch Ihre Einschätzung?

Nach unserer Verkehrsprognose für das Jahr 2020 wird die städtische Verkehrsbelastung bezogen auf den motorisierten Individualverkehr gegenüber der Verkehrsprognose 2015 abnehmen. Ursache dafür ist die veränderte Raumstruktur insbesondere der Rückgang von Einwohner- und Arbeitsplatzzahlen im Dresdner Umland.

Was sehen Sie denn dann als derzeit drängendste Aufgabe der Verkehrsplanung/Verkehrsentwicklung?

Die dringendste Aufgabe ist die Fortschreibung des Verkehrskonzeptes, dabei insbesondere die Förderung des ÖPNVs und des Radverkehrs. Außerdem erarbeitet die Hauptabteilung Mobilität gemeinsam mit der TU Dresden ein Verkehrssicherheitskonzept.

Vor kurzem war die Konsolidierung des Dresdner Straßennetzes Thema im Stadtrat und alle Fraktionen betonten die Wichtigkeit der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel zur Instandsetzung der vorhandenen Straßen. Wie hoch ist denn der tatsächliche Mehrbedarf?

Das Straßen- und Tiefbauamt hat sehr umfangreiche Dokumentationen und Berechnungen zum Finanzbedarf für die Instandhaltung des Dresdner

Straßennetzes erarbeitet. Dazu ist von meiner Seite nichts hinzuzufügen.

Die Landeshauptstadt wurde im Mai durch den ADAC für ihr betriebliches Mobilitätsmanagement ausgezeichnet. Maßgeblich dafür war ein Konzept der Hauptabteilung. Könnten Sie uns dazu etwas näheres sagen?

Wir freuen uns natürlich, dass wir vom ADAC als Bundessieger ausgezeichnet wurden.

Betriebliches Mobilitätsmanagement stellt für einzelne Unternehmen eine Chance dar, die erforderliche Mobilität der Beschäftigten für den Weg zur Arbeit gemeinsam mit der Stadt sicherzustellen, zu verbessern sowie effizient und nachhaltig zu organisieren. Ziel ist dabei die Kappung der Berufsverkehrsspitze um die partiellen Überlastungen der Straßeninfrastruktur zu reduzieren. Außerdem dient betriebliches Mobilitätsmanagement zur Reduzierung von Mobilitätskosten für die Beschäftigten, für die Unternehmen und für die Allgemeinheit. Die Stadt Dresden hat gemeinsam mit den Unternehmen Infineon und AMD große Erfolge auf diesem Gebiet vorzuzeigen.

Wochenende „Dresden mobil“ zum Stadtjubiläum 2006

Vom 18. bis 20. August dreht sich in der Elbmetropole alles um das Thema Mobilität, dazu gehört das Event „Dresden mobil“.

Ob zu Land, zu Wasser oder in der Luft – in fünf Erlebniswelten lernen die Dresdner jegliche Form von Mobilität kennen.

Bewegend, unterhaltsam und informativ geht es auf der VVO-Showbühne auf dem Dresdner Altmarkt zu. Gemeinsam mit dem Medienpartner „Radio Dresden 103 Punkt 5“ präsentiert der Verbund dort ein buntes Programm aus Musik, Show und Information.

Informationen und Termine



■ Am 5. August findet an der Tennishalle in Dresden-Pappritz das Pressefest der dem rechtstextremen Spektrum nahestehenden „Deutschen Stimme“ statt. Nicht nur, dass zirka 5 000 Neonazis zu diesem Treffen erwartet werden, auch mit zahlreichen Gegen-demonstranten ist zu rechnen.

Auch wir als Dresdner sollten ein Zeichen gegen Extremismus aller Couleur setzen! Aus diesem Grund veranstaltet die Stadtteilrunde Loschwitz mit der Kinder- und Jugendarbeit Schönfeld-Weißig ein großes Volleyball-Sommerturnier. Unter Schirmherrschaft des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Herrn Erich Iltgen, und mit Unterstützung durch den Sportstätten- und Bäderbetrieb, den Kreissportbund und den Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig, werden nicht nur heiße Wettkämpfe ausgetragen, auch ein Rahmenprogramm und gastronomische Betreuung sollen diesen Tag zu einem friedlichen Wettstreit für die ganze Familie werden lassen.

Anmeldungen:
jankaboth@hotmail.com,
Telefon (03 51) 4 88 23 83,
Mobil 01 77/5 01 35 34
oder 01 73/5 68 35 36

■ Die Dresdner Verkehrsbetriebe haben am 24. Juli die Linienführung der Buslinien 75 und 82 geändert. Begründet wird dies mit Bedarfsanalysen, die von deutlichen Verbesserungen für die Fahrgäste und von besserer Erreichbarkeit innerstädtischer Ziele sprechen. Uns interessiert Ihre Meinung! Sind Sie zufrieden mit den Änderungen? Profitieren Sie davon oder verschlechtert sich Ihre Situation? Bitte schreiben Sie uns, rufen Sie an oder stimmen Sie im Internet ab!

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden, Telefon (03 51) 4 88 23 83, Internet: www.buergerfraktion-dresden.de

■ Die Schließung von Schulen ist immer wieder ein besonders herber Verlust für Schüler, Eltern und den betroffenen Stadtteil. Trotz aller Bemühungen stehen auch in den nächsten Jahren wieder mehrere Grund- und Mittelschulen zur Disposition. Bei anderen wird es „Entflechtungen“ oder Umstrukturierungen geben. Zwar soll der Schulnetzplan erst im Dezember im Stadtrat beschlossen werden, doch je eher eine sachorientierte Diskussion beginnt, desto mehr Argumente können abgewogen werden. Unterstützen Sie daher bitte die Arbeit der Stadträte! Teilen Sie uns Ihre Meinung mit.

Ankündigung: Die Bürgerfraktion wird im Oktober eine schulpolitische Konferenz durchführen, auf die wir alle Interessierten schon vorab hinweisen möchten. Nähere Informationen folgen in Kürze.

Nachruf für Frau Renate Lunkwitz

Nach langer und mit viel Kraft ertragener Krankheit starb Anfang Juli 2006 die stellvertretende Vorsitzende der Freien Bürger Dresden, Frau Renate Lunkwitz. Sie war 69 Jahre alt und arbeitete bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben an der TU Dresden als Chemieingenieur.

Frau Lunkwitz begriff die politische Wende 1989 als Chance eines Neubeginns. Immer parteilos gewesen initiierte sie die Freien Bürger Dresden und brachte ihr umfangreiches Wissen, ihre Wortgewandtheit und die große Begabung des Vermittelns bei schwierigsten Fragen in die politische Arbeit für die Stadt Dresden ein. Sie wird uns immer unvergessen bleiben. Als Nachruf möchte ich ihre eigenen Worte von 2004 verwenden, weil sie diese nicht einfach nur aufschrieb, sondern auch gelebt hat.



„Ich kandidiere für das Stadtparlament, weil ich will, dass es zur Bildung einer Fraktion Freie Bürger kommt, einer Fraktion, die ohne eine Partei samt Lobby im Hintergrund, frei ihre Stimme abgeben kann und

deren Entscheidungen allein auf Sachkompetenz beruhen. In einer fairen Auseinandersetzung mit allen Interessenvertretern muss immer der Weg gesucht werden, der unter den jeweils gegebenen Umständen am besten den Anforderungen der Stadt Dresden gerecht wird. Meine besondere Sorge gilt der Stadtbildpflege sowohl durch Denkmalschutz als auch mit guter moderner Architektur, die nicht aus Katalogen stammt. Die innerstädtischen Lücken müssen geschlossen werden, ehe neue Zentren am Stadtrand entstehen. Große Teile meines Wahlkreises liegen an der Weißeritz. Ich werde mich dafür einsetzen, dass das Leben mit und an dem Fluss möglich, ja sogar wünschenswert wird.“

Franz-Josef Fischer
Stadtrat der Freien Bürger Dresden

Ausschüsse

Jugendhilfeausschuss

Der Jugendhilfeausschuss ist ein Teil des Jugendamtes. Er ist ein gesetzlich vorgeschriebener Ausschuss auf Grundlage des Sozialgesetzbuchs VIII und soll die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Dresden vertreten. Er hat selbst Beschlussrecht in Angelegenheiten der Jugendhilfe ist jedoch an die Mittelzuweisung im Rahmen des Jugendhilfeplans und die Beschlüsse des Stadtrats gebunden. Vertreter der Bürgerfraktion im Jugendhilfeausschuss ist Stadtrat Franz-Josef Fischer.

Der Jugendhilfeausschuss setzt sich aus 15 Mitgliedern zusammen, die zu drei Fünfteln aus Vertretern des

Stadtrates (oder von diesem beauftragten Personen) sowie zu zwei Fünfteln aus Vertretern von Vereinen und Verbänden der freien Jugendhilfe, die ebenfalls vom Stadtrat gewählt werden, zusammen. Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses ist der Oberbürgermeister.

Die Ausschussmitglieder legen in den Bereichen Jugendfreizeit-, Jugendhilfe-, Jugendsozialarbeit und Kindertagesstätten ihre Schwerpunkte selbst fest. Mit Hilfe einer Qualitätsstudie soll sichergestellt werden, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel bedarfsgerecht und zielorientiert eingesetzt werden. Die Verwendung der Fördermittel unterliegt der kontinuierlichen Überprüfung durch das Jugendamt.

Die Bürgerfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, über die Unterstützung der Förderwürdigkeit von Projekten und Trägern einzelfallbezogen zu entscheiden. Dennoch macht die erfreuliche demographische Entwicklung Dresdens es notwendig, auch mittel- und langfristige Bedürfnisse vorausschauend zu planen. Da nicht damit zu rechnen ist, dass das Budget der Jugendhilfe zukünftig signifikant steigen wird, kann die verstärkte Orientierung hin zu Kindertagesbetreuung nur durch Umschichtungen innerhalb des Budgets abgesichert werden. Die sich daraus ergebenden Kürzungen in anderen Bereichen, sind jedoch wieder am konkreten Fall, mit intensiver Beteiligung der Betroffenen, umzusetzen.

Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau

Der Ausschuss Stadtentwicklung, Bau und Verkehr ist einer der wichtigsten Ausschüsse des Stadtrats der Landeshauptstadt. Gerade in Dresden kommt der Stadtplanung hohe politische Priorität zu. Wahrscheinlich nirgendwo in Deutschland wird so intensiv und konträr öffentlich über städtebauliche Dinge diskutiert wie in Dresden.

Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern, den Vorsitz führt Bau- und Bürgermeister Feßenmayr. Vertreter der Bürgerfraktion im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau ist Dr. Albrecht Leonhardt.

Zu den wichtigsten Themen, für die der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau zuständig ist, gehören:

- die Erstellung des Flächennutzungsplans der Stadt Dresden mit Grünplan
- sämtliche Bebauungspläne

- Vorhabens- und Erschließungspläne
- Verkehrspolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Erstellung von Verkehrskonzepten für den fließenden und ruhenden Verkehr
- Parkraumkonzepte
- Fahrradwegeprogramme
- die Erarbeitung von Konzeptionen über Stadtentwicklungen und Stadtteilentwicklungspläne
- Straßenbaumaßnahmen
- die Weiterentwicklung des ÖPNV
- die Umsetzung von Programmen des Freistaats oder des Bundes für Städteentwicklung (zum Beispiel Stadtumbauprogramme)
- Luftreinhaltepläne und ähnliches

Gerade seit 1990, in einer Epoche, wo gewaltige Veränderungen der Stadt durch Investitionen in Milliardenhöhe umgesetzt werden, muss sehr genau darauf geachtet werden, dass das, was Dresden auszeichnet, nicht durch „Null-acht-fünfzehn Bauten“ in seinem Charakter verloren geht.

Hauptaugenmerk sollte daher nach Ansicht der Bürgerfraktion auf einer behutsamen Stadtsanierung bei gleichzeitiger Investorfreundlichkeit liegen. Deshalb ist es unserer Meinung nach unumgänglich, alle Arten des innerstädtischen Verkehrs zu verbessern, bzw. zu optimieren – also Autos, Bussen und Bahnen, Fahrrädern und Fußgängern gleichermaßen Aufmerksamkeit zu widmen und nicht aus ideologischen Standpunkten nur bestimmte Verkehrsarten zu bevorzugen.

Weitere Themenfelder, die uns als Bürgerfraktion am Herzen liegen sind:

- die Innenstadtentwicklung mit Operette am Wiener Platz
- die Aufwertung des Postplatzes und des Neumarkts,
- die Philharmonie.
- die Aufwertung der „Neubaugelände“, um ein soziales Kippen in diesen Gebieten zu „Sozialschwachen Zentren“ zu verhindern,
- die Entwicklung von Gewerbegebieten im Stadtgebiet.

Herausgeber

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
1. Etage, Zimmer 211
www.buergerfraktion-dresden.de

Telefon (03 51) 4 88 23 83
Telefax (03 51) 4 88 23 84
buergerfraktion@dresden.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion (V.S.d.P.)

Christoph Hille
Pressesprecher
Fotos: Volkssolidarität, privat, Hille, SZ